Die fortgesetzte Verweigerung der Überprüfung der Bundestagswahl ist skandalös und inakzeptabel: Damit führt eine radikalisierte Mitte den hysterisch ausgerufenen „Kampf für die Demokratie“ selber ins Absurde. Ein Kommentar von **Tobias Riegel**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/251120_Bundestagswahl_Wer_nicht_nachzaehlen_will_ist_kein_Demokrat_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Trotz eines historisch knappen Ergebnisses und zahlreicher Indizien für mandatsrelevante Unregelmäßigkeiten: Neun Monate nach der Bundestagswahl muss das BSW immer noch um die Überprüfung des Wahlergebnisses kämpfen, wie die Tagesschau berichtet.

Ignoriert wird mit diesem Verhalten folgende Tatsache: „Jeder Demokrat sollte ein Interesse haben, dass die Korrektheit von Wahlergebnissen über jeden Zweifel erhaben ist.“ Mit diesen Worten richtet sich das BSW in einem Aufruf an den Wahlprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages. Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs zählen 22 Persönlichkeiten aus Kultur, Politik und Wissenschaft, unter anderem der Kabarettist Dieter Hallervorden, der Rapper Massiv und der Soziologe Michael Hartmann.

Weitere Informationen zum Vorgang und zu dem Aufruf fanden sich in den letzten Wochen etwa im *Spiegel* oder im *ZDF* oder bei *Focus* oder bei *T-Online*.

N-TV berichtete über eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa: 36 Prozent der Befragten würden demnach eine Neuauszählung begrüßen, 30 Prozent lehnen sie ab, 21 Prozent ist es gleichgültig.

Wie man die Forderung nach einer Neuauszählung unterstützen kann, beschreibt das BSW unter diesem Link.

So ein Zufall: Berichte zu „Russland-Kontakten“ des BSW

Wie es der „Zufall“ will, wurde der Kampf für eine Neuauszählung in den vergangenen Wochen begleitet von einer (nochmals intensivierten) Meinungsmache bezüglich angeblicher „Russland-Kontakte“ von BSW-Akteuren: Der *Spiegel* schreibt von „bestätigten Kontakten einzelner BSW-Abgeordneter mit Vertrauten des russischen Präsidenten“. *T-Online* berichtet von „Wagenknechts Kanal zum Kreml“ und behauptet in einem weiteren

Artikel:

> *„Kreml arbeitet mit AfD und BSW gegen Merz.“*

„Es ist im Interesse der Wählerinnen und Wähler, dass hier nicht etwas hopplahopp gemacht wird“

Für die Überprüfung der Wahl zuständig ist laut Grundgesetz zunächst der Bundestag selbst. Die Überprüfung übernimmt der Wahlprüfungsausschuss. Dem Gremium gehören neun Bundestagsabgeordnete an: drei von der Union, zwei von der SPD, zwei von der AfD und jeweils einer von Grünen und Linken.

„Es ist im Interesse der Wählerinnen und Wähler, dass hier nicht etwas hopplahopp gemacht wird, sondern sehr, sehr gründlich vorgegangen wird“, sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Irene Mihalic, angesichts der inakzeptabel langen Frist, die sich der Ausschuss nimmt, um tätig zu werden. Wann genau das abschließende Ergebnis zum BSW-Einspruch vorliegt, ist darum immer noch unklar. Die Grünenpolitikerin Mihalic sagte kürzlich: „Ich bin mir sehr sicher, dass der Wahlprüfungsausschuss das bis zum Jahresende hinbekommt.“

Der Zustand ist inakzeptabel

Der Zustand, dass der aktuelle (unter schwerem Vorbehalt stehende) Bundestag selber über die Rechtmäßigkeit der eigenen Zusammensetzung entscheiden soll, ist inakzeptabel.

Und wie passt die Verweigerungshaltung der Abgeordneten zum von ihnen zelebrierten hysterischen „Kampf für die Demokratie“? Eine „radikalisierte Mitte“ im Bundestag arbeitet auch durch das aktuelle Verhalten zur Neuauszählung fleißig daran, dass sich noch mehr Bürger vom parlamentarischen Betrieb abwenden.

Der Fall Bundestagswahl/BSW ist ein Paradebeispiel für die Frage von Wahlüberprüfungen: Wann sollte überhaupt etwas überprüft werden, wenn nicht in diesem deutlichen Fall? Denn: Es war historisch knapp. Und es gibt massenhaft Indizien für Unregelmäßigkeiten.

„Es gibt keine systematischen Wahlfehler“

Exemplarisch für die Argumentation gegen die Neuauszählung soll hier die Berliner Staatsrechtsprofessorin Sophie Schönberger zitiert werden. Sie sieht laut

Redaktionsnetzwerk Deutschland keine Veranlassung, die Bundestagswahl neu auszuzählen: „Es gibt keine systematischen Wahlfehler. Das Wahlprüfungsverfahren ist nicht dafür da, zu sagen, vielleicht lassen sich noch irgendwo Stimmen finden, sondern es ist dafür da, um Wahlfehler aufzuspüren.“ Es sei „schlicht nicht vorgesehen, auf reinen Verdacht hin nachzuzählen“.

Vielleicht sollte sich Frau Schönberger dieses Interview mit dem BSW-EU-Abgeordneten Fabio de Masi anschauen. Zum einen, was die dort beschriebenen substanziellen und mandatsrelevanten Unregelmäßigkeiten beim Wahlprozess angeht, zum anderen bezüglich Fabio de Masis Urteil über Personen, die die überfällige Nachzählung ablehnen:

> *„Wer nicht nachzählen will, ist kein Demokrat.“*

Titelbild: EUS-Nachrichten / Shutterstock

Mehr zum Thema:

Wahlrecht absurd: Der Umgang mit dem BSW bleibt demokratiefeindlich und unfair

Professoren fordern Neu-Auszählung der Bundestagswahl: „Es geht um das Vertrauen in den demokratischen Verfassungsstaat“